

Die Sonne der Arbeit

»Die Gesellschaft findet nun mal nicht ihr Gleichgewicht, bis sie sich um die Sonne der Arbeit dreht« (Marx, 1875, MEW 18/570). Dieser Befund spitzt zu, worum es in diesem Buch geht. Wie wäre eine Gesellschaft beschaffen, die um die Sonne der Arbeit kreist? Im Zentrum einer solchen Gesellschaft stünde der stoffliche Nutzen dessen, was durch Arbeit erzeugt wird, und gleichzeitig das, was diese Arbeit am Menschen leistet. Mit einem Begriff des Marx'schen Denkens ausgedrückt: Diese Gesellschaft würde die Gebrauchswerte ins Zentrum stellen. Sie würde die Arbeitsprozesse so gestalten, dass sie den Menschen möglichst viel Entfaltung und Befriedigung ermöglichen respektive möglichst wenig schädlichen Verschleiss abverlangen. Sie würde darauf achten, dass die Entscheidungsfindung auch und gerade in wirtschaftlichen Belangen mit einem hohen demokratischen Engagement der Beteiligten verbunden wird. Schliesslich würde die Verteilung des Reichtums, der durch die Arbeit geschaffen wird, in demokratisch legitimierten Aushandlungsprozessen ermittelt.

Die kapitalistische Gesellschaft hingegen zwingt die Arbeit dazu, um die Sonne des Kapitals zu kreisen. Gebrauchswerte und eine allfällige Befriedigung bei der Arbeit sind zu Anhängseln der Kapitalverwertung degradiert. Entscheidend ist, ob sich die Produkte der menschlichen Arbeit auf den Märkten verwerten lassen und ob Kapital auf diese Weise vermehrt werden kann. Entscheidend ist der Tauschwert, nicht der Gebrauchswert.

Solange ein Produkt verkauft werden kann, findet sich immer ein Kapitalist, dem es einerlei ist, ob es schädlich oder nützlich ist. Und solange aus den Arbeitsleistungen Profite geschlagen werden können, findet sich auch immer ein Kapitalist, dem es einerlei ist, wie viele Schäden und wie viele Demütigungen die Arbeitenden dabei erleiden. Um die Verteilung der Reichtümer schliesslich wird zwischen den gesellschaftlichen Klassen und Schichten heftig und manchmal unerbittlich gekämpft, wobei die herrschenden Eliten im Vorteil sind: Sie stützen sich auf die Konkurrenzlogik des Kapitalismus und verfügen über einen hohen Zugriff auf die politischen und staatlichen Machthebel.

Eine Gesellschaft, die nicht um die Sonne der Arbeit kreist, findet nicht ihr Gleichgewicht, sagt Marx. Die Weltwirtschaft ist 2007/2008 aus den Fugen geraten, weil sie um die Profite kreist.

Der Kapitalismus wirft die Umwelt aus ihren Gleichgewichten, weil er um die Profite kreist. Er erzeugt jeden Tag von neuem soziale Spannungen, weil er um die Profite kreist. Er erzeugt damit allerdings auch immer wieder Momente, in denen die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst zur Disposition stehen.

Befreiung der Arbeit – oder Befreiung von der Arbeit?

»In der Arbeit kreuzen sich Herrschaft und Befreiung, Mühsal und Genuss, Entfremdung und Selbstverwirklichung, Entwicklung und Nichtentwicklung«, sagt Frigga Haug (Haug, 2004). Das Thema dieses Buches ist es, wie diese Spannungsfelder sich heute präsentieren und wie sie in eine fortschrittliche Bewegung gebracht werden können. Doch kommen wir mit diesem Anliegen nicht zu spät? Seit der Weltwirtschaftskrise 1973/75, in denen sich in den meisten industrialisierten Ländern eine Sockelarbeitslosigkeit festgesetzt hat, ist häufig die Rede davon, dass der Menschheit die Arbeit ausgehe, weil die Fertigung von Gütern und von Sachdienstleistungen immer produktiver erfolge und deshalb immer weniger Arbeit absorbieren könne. Deshalb gehöre die Vollbeschäftigung der Vergangenheit an und sei auch nie mehr zu erreichen. Deshalb hätten wir uns von der »Arbeitsgesellschaft« zu verabschieden. Das aber falle nicht zuletzt deshalb so schwer, weil gerade auch die Linke am veralteten Bild von der zentralen Rolle der Arbeit festhalte. So schreibt etwa Manfred Füllsack, Professor an der Universität Graz und Autor mehrerer Bücher zum Thema Arbeit: »Unsere heutige Vorstellung produktiver Arbeit entstammt im Wesentlichen der Industriearbeit und wurde obendrein stark von den Debatten um den Marxismus geprägt. Zugrunde liegt ihr die recht engstirnige Auffassung einer primär manuellen, von Männern verrichteten Arbeit im Rahmen industrieller Produktion.« (Der Standard, 28.11.2009).

Tatsächlich hielt Marx zur Arbeit fest, sie sei die einzige Quelle des stofflichen und des monetären Reichtums. Glättet man das Auf und Ab der spekulativen Finanzblasen, dann ist es einzig die menschliche Arbeit, die die Gesamtmasse des Kapitals mehrt. Und doch leben wir eben gerade nicht in einer Arbeitsgesellschaft. Der Begriff verschleiert den Blick auf die prägenden Verhältnisse. Für das Kapital ist nur jene Arbeit produktiv, die in verkäufliche Waren eingeht. Nur sie wird von gewinnorientierten Arbeitgebern nachgefragt (ob es sich um Industriearbeit oder um die Erbringung von Dienstleistungen handelt, ist dabei vollkommen unerheblich). Tatsächlich hat dabei dank der enormen Zunahme der Arbeitsproduktivität die Masse der benötigten Arbeit, die für die Produktion der

Güter und die Erbringung von Sachdienstleistungen benötigt wird, massiv abgenommen. Die kapitalistische Produktionsweise hat eine Steigerung der Arbeitsproduktivität in Gang gesetzt, die mit keiner bisherigen Erfahrung in der Geschichte vergleichbar ist. Ihr verdankt der Kapitalismus seine Durchsetzungskraft. Er hat damit die Voraussetzungen geschaffen, dass sich grosse Teile der Bevölkerung von der Last eines nie abreisenden Arbeitszwangs zur nackten Existenzsicherung schrittweise lösen konnten. Die Erwerbsarbeitszeiten sind in den letzten 100 Jahren erheblich gesunken. Allerdings nicht von alleine: Die teilweise Befreiung von der Arbeit war ein zentrales Thema der ArbeiterInnenbewegung des letzten Jahrhunderts. Im Ergebnis wurden die 40-Stundenwoche sowie regelmässige Feiertage und Ferien in Europa zur Norm.

Diese Entwicklung wurde in der neoliberalen Wende gestoppt und teilweise gedreht. Die Arbeit wurde in den letzten 30 Jahren erheblich intensiviert und vielfach wieder verlängert, vor allem in Form bezahlter und unbezahlter Überstunden. Gleichzeitig setzten sich erhebliche Arbeitslosenraten dauerhaft fest. Erwerbsarbeit wurde zur Mangelware. Paradoxerweise sorgt gerade dieser Mangel dafür, dass die Arbeit eine umso zentralere Stellung einnimmt. Denn für den überwiegenden Teil der Bevölkerung ist und bleibt der Zugang zur Erwerbsarbeit für die persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Perspektiven von zentraler Bedeutung. In der Ausmarchung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit spielt deshalb die chronische Arbeitslosigkeit dem Kapital in die Hände. Alleine schon aus diesem Grund bleibt die Vollbeschäftigung aus Sicht der Lohnabhängigen und der Gewerkschaften zu Recht ein vorrangiges Ziel.

Natürlich wäre dieses Ziel illusorisch, wenn die Erwerbsarbeit tatsächlich ›ausgehen‹ würde. Eine solche Vorstellung unterschlägt allerdings mindestens drei Perspektiven: Zum ersten die erwähnte Arbeitszeitverkürzung. Die Erwerbsarbeitszeiten sind im Verlauf des 20. Jahrhunderts halbiert worden. Nichts spricht dagegen, sie weiterhin zu reduzieren, zum Beispiel in Formen wie der Viertage-Woche oder bezahlten Sabbaticals. Dies wäre eine vernünftige Antwort auf den Mangel an Erwerbsarbeit. Wenn wir weniger Zeit benötigen, um die Güter und Dienste zu produzieren, die für unsere Existenz und unser Wohlbefinden erforderlich sind, dann liegt nichts näher, als die Arbeitszeiten generell zu reduzieren und damit allen Menschen zu ermöglichen, an den Früchten der steigenden Produktivität teilzuhaben.

Die zweite unterschlagene Perspektive betrifft die Frage, welche Arbeiten denn heute nicht erbracht werden, obwohl sie von hohem

Nutzen wären. Beispielsweise fehlt in der Schweiz immer noch eine beträchtliche Zahl an Betreuungsplätzen für Kinder, und die öffentlichen Angebote für pflegebedürftige alte Menschen sind zu wenig entwickelt. Oder der Bereich Reparatur und Unterhalt: Heute werden sehr viele Güter weggeworfen, bei denen eine Reparatur aus Gründen der Nachhaltigkeit bedeutsam wäre. Doch das gängige Produktdesign, die tiefen Preise, Gewohnheiten und der Konsum als Ersatzhandlung haben dazu geführt, dass Alltagsgeräte kaum noch repariert werden. Weiter: In den armen Ländern dieser Welt besteht ein ganz erheblicher Bedarf an nachholender Industrialisierung, an Verbesserungen in der Agrarwirtschaft, an Infrastrukturen, Schulen, Gesundheitsversorgung. Es gibt noch viel zu tun.

Drittens stellt sich die Frage, wie die privaten, nicht entlohnten Care-Arbeiten verteilt und welche gesellschaftlichen Bedingungen geschaffen werden, damit diese Verteilung die Wünsche und die Aushandlungsprozesse der Betroffenen wiedergibt. Dafür müssen die Bedingungen verbessert werden, um Beruf und Betreuungsaufgaben zu vereinbaren – zum Beispiel durch eine Elternzeit (Elternurlaub), der anteilmässig sowohl von Männern als auch von Frauen bezogen wird. Und die diskriminierenden Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern müssen beseitigt werden, weil sonst der ökonomische Druck bestehen bleibt, dass die besserverdienenden Männer ihre Erwerbsarbeit fortsetzen und die weniger verdienenden Frauen ihre Pensen reduzieren, sobald Kinder oder betreuungsbedürftige Familienmitglieder ins Leben der Betroffenen treten.

Aus einer emanzipatorischen Sicht ist die Gegenüberstellung *Befreiung der Arbeit* versus *Befreiung von der Arbeit* also nicht zielführend. Mehr Freizeit für alle soll vielmehr mit einer Neufassung der Arbeitswelten verbunden werden. Leider wird gerade auch in manchen linken Kreisen diese Gegenüberstellung gepflegt, insbesondere von einigen BefürworterInnen des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). Auf die Spitze getrieben wird dies im Blog ›Freiheit statt Vollbeschäftigung‹ (<http://blog.freiheitstattvollbeschaeftigung.de>). Propagiert wird darin das BGE als Alternative zur und als Ablöse von der Vollbeschäftigung. Dabei sollten doch gerade auch die BGE-BefürworterInnen das umgekehrte Ziel propagieren: Das Grundeinkommen als Motor, um die Vollbeschäftigung wiederzuerlangen. Denn Dank eines existenzsichernden BGE wäre niemand mehr gezwungen, prekäre und belastende Arbeit anzunehmen, nur um seine Existenz sichern zu können. Die Nachfrage nach Erwerbsarbeit könnte deshalb auf das Niveau eines Angebots sinken¹, das den Arbeitenden annehmbare Bedingungen gewährleistet.

In der Arbeitswelt drückt sich das weitläufige Geflecht der Koope-

rationen aus, in dem die Gesellschaft täglich reproduziert wird und in dem ihre Entwicklungsperspektiven definiert werden. Wenn diese Welt verändert werden soll – und dafür gibt es aus fortschrittlicher Sicht genügend Gründe –, dann müssen die in der Arbeit verbundenen Kollektive (mit)bestimmend werden für das, was produziert wird und wie es produziert wird. Wenn es um die Perspektiven der gesamten Gesellschaft geht, dann ist und bleibt die Arbeit ein zentrales Bestimmungsmoment. Auch deshalb gehört die Arbeitswelt zu den Zentralbereichen einer fortschrittlichen Politik.

Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit

Noch immer wird in einem grossen Teil der Diskurse Arbeit mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt. Auch darin spiegelt sich der Umstand, dass im Kapitalismus die Arbeit um das Kapital zu kreisen hat. Der Kapitalismus ist blind für private Hausarbeit, weil sie für das Kapital keinen unmittelbaren Nutzen erzeugt. Dabei erreicht die Nichterwerbsarbeit – insbesondere die private Care-Arbeit (die Betreuung von abhängigen Menschen und die Pflege von häuslichen Lebensräumen) – ein Ausmass, das das Volumen der gesamten erbrachten Erwerbsarbeit übertrifft (Madörin, 2007). Doch im Kapitalismus wird diese Arbeit marginalisiert, ja oft nicht einmal als Arbeit wahrgenommen. Dabei schafft die (überwiegend private) Care-Arbeit erst die Grundlagen dafür, dass dem Kapital überhaupt Arbeitskräfte für die Erwerbsarbeit zur Verfügung stehen. Es ist in erster Linie dem beharrlichen Wirken feministischer Ökonominnen zu verdanken, dass die Wahrnehmung langsam zu ändern beginnt und Care-Arbeit zumindest schon mal in die ökonomischen und gesellschaftlichen Diskurse Eingang findet.

Bei der Marginalisierung der privaten Care-Arbeit spielt offenkundig auch die Jahrtausende alte Unterdrückung der Frauen durch die Männer eine massgebende Rolle. Demnach sind Frauen von Natur aus für die Betreuungsarbeit geschaffen, und Qualifikationen sind dabei kaum erforderlich. Doch das Argument überzeugt nicht. Menschen sind in einem hohen Masse gesellschaftliche Wesen und müssen sich mit gesellschaftlichen Anforderungen auseinandersetzen, die mit Naturverhältnissen nicht das Geringste zu tun haben. Kinder müssen Kulturtechniken lernen und eine Vielzahl von Alltagssituationen bewältigen, in denen sie geistig, seelisch und körperlich stark gefordert sind. Sie sind dabei essenziell auf Unterstützung angewiesen – seitens der Lehrpersonen und ebenso seitens der Eltern. Die abwertende Haltung gegenüber der Betreuungsarbeit ist demnach etwa so stichhaltig, wie wenn von technischen und hand-

werklichen Arbeiten gesagt würde, Männer seien dafür von Natur aus prädestiniert und bräuchten deshalb auch keine Ausbildung.

Überdies ist unbestritten, dass die ersten Lebensjahre prägend dafür sind, welche Potenziale ein Mensch im Verlauf seines Lebens verwirklichen kann. Deshalb sollte der Arbeit mit Kleinkindern in der heutigen anforderungs- und störungsreichen Umgebung höchste Wertschätzung entgegengebracht werden – ein Postulat, das im beinahe totalen Gegensatz zu dem steht, was gemeinhin vermittelt und praktiziert wird. Das muss keineswegs bedeuten, dass die spontanen Lebensäusserungen zwischen Eltern und ihren Kindern unterbunden und professionell durchstrukturiert werden. Im Gegenteil: Erforderlich sind Lebensumstände, in denen das Beziehungsgeschehen zwischen Kindern, Eltern und anderen Erwachsenen genügend Zeit und Raum findet. Doch schon in den ersten Lebensjahren soll und muss zusätzlich ein professionelles Angebot an Beratung und Unterstützung verfügbar sein. Gefordert sind zum Beispiel qualitativ hochstehende Kindertagesstätten, die unter anderem das soziale Lernen fördern und mithelfen, allfällige Mängel in den Herkunftsfamilien auszugleichen.

Anspruchsvoll ist auch die Betreuung pflegebedürftiger Betagter. Erstmals in der Geschichte werden viele Menschen älter als 80 Jahre. Bis Mitte des 21. Jahrhunderts sollen 8.5 Prozent der Schweizer Bevölkerung zu dieser Altersgruppe gehören. Diese letzte Lebensphase geht häufig mit beträchtlichen körperlichen und/oder geistigen Beeinträchtigungen einher. Die Sorgearbeit für pflegebedürftige Betagte stellt eigene, hohe Anforderungen, wenn deren Alltag gelingen und nicht zu einem Warten auf das Sterben verkommen soll. Dabei birgt auch dieser Lebensabschnitt wichtige Potenziale: Die Charaktermasken, die das aktive Leben mitbestimmt haben, werden unwesentlich und brüchig. Ein manchmal während Jahrzehnten verschüttetes emotionales Geschehen kann neuen Raum greifen und im besten Fall zu später Versöhnung und Heilung gelangen.

Drei Dimensionen des Arbeitens

Die Verallgemeinerung der Diskussion über Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit legt die Sicht frei auf drei Dimensionen der Arbeit. Die erste dieser Dimensionen ist die materielle Sicherung der Existenz. Zunächst auf das nackte Überleben gerichtet (Nahrung, Kleidung, Schutz und Unterkunft, Gesundheit), wird die Existenz immer stärker auch von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben mitgeprägt und umfasst Bereiche wie die Mobilität und den Zugang zu Informationen und Kommunikationsmöglichkeiten. Existenzsicherung

umfasst demnach sowohl die Güter des täglichen Bedarfs als auch die Verfügbarkeit von Infrastrukturen und Diensten (Energie- und Wasserversorgung, Kommunikation, Gesundheit, Bildung, Schutz vor Verbrechen).

Die zweite Dimension betrifft die Qualität der Beziehungen zu anderen Menschen. Die Care-Arbeit unterscheidet sich deutlich von der materiellen Existenzsicherung, weil hier das Beziehungsgeschehen von zentraler Bedeutung ist. Die Beziehungsqualität ist Teil der Arbeit selbst. Die Beteiligten sind in psychologischer Hinsicht deshalb viel umfassender einbezogen und auch umfassender gefordert als in der Güterfertigung. Sie entwickeln persönliche Bindungen, die teilweise nur schwer zu lösen sind (z.B. in Kind-Eltern-Beziehungen). Die Zuschreibung von Verantwortung währt meist über längere Zeiträume, im familiären Bereich über ganze Lebensabschnitte.

Die dritte Dimension der Arbeit ist die Lust zur Entfaltung und Ausweitung des menschlichen Ausdrucks, ausgeprägt in den Bereichen der Forschung und Entwicklung, der Kultur und der Kunst. In dieser Dimension sollen die individuellen Eigenheiten der ›Produzierenden‹ nicht nur gewahrt, sondern entfaltet werden (im Gegensatz zur Güterfertigung, in der die Wiederholbarkeit der Arbeitsabläufe und die Ersetzbarkeit der Produzierenden angestrebt ist).

Wird die Arbeit gezwungen, um das Kapital zu kreisen, so wirkt dies wie eine Zentrifuge, in der alles für die Kapitalverwertung Überflüssige aus dem Prozess herausschleudert wird. Verloren geht dabei auch so manches, was der Kapitalverwertung durchaus dienlich sein könnte, aber in Widerspruch zur Logik der Disziplinierung und Normierung gerät. Kreiste die Gesellschaft hingegen um die Arbeit, dann könnten die drei Dimensionen in jeder Form von Arbeit Raum gewinnen, in der Gestaltung der Produkte respektive der Dienstleistungen ebenso wie in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, der Entscheidungsfindung und der Arbeitsabläufe. Kulturelles Schaffen würde sich vermehrt mit der ›normalen‹ Arbeitswelt verbinden, der Stellenwert der Beziehungen würde deutlich gestärkt. Entscheidungsverfahren würden demokratisch legitimiert und die Produktqualität würde auf Nachhaltigkeit ausgelegt. Doch auch Bereiche, an die zunächst kaum jemand denkt, könnten eine unerwartete Aufwertung erfahren. Überlastete Fachleute und Führungskräfte besuchen heute Zen-Kurse und Stress-Seminare, um wieder zur Ruhe zu kommen. Einige Monate in der Strassenreinigung oder der Parkpflege könnten dasselbe bewirken (oder noch mehr) – wenn denn eben auch solches Arbeiten auf seine Potenziale hin ausgestaltet und vermehrt wertgeschätzt würde.

Divergierende Produktivitäten

Das Grundmuster einer auf Kapitalverwertung ausgerichteten Arbeit basiert auf der industriellen Güterfertigung. Produktionsabläufe werden standardisiert und laufend rationalisiert. Letzteres ist ein entscheidender Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Jene Unternehmen, die überdurchschnittlich rationell produzieren, machen Extragewinne, weil sich die Preise in der Regel an der durchschnittlichen Produktivität einer Branche orientieren. Umgekehrt wird es für Unternehmen mit unterdurchschnittlicher Produktivität eng. Sie müssen die Produktivitätsrückschritte wettmachen, wollen sie den Niedergang vermeiden. Die ständige Suche nach Produktivitätsvorteilen und Extragewinnen vermittelt dem Kapitalismus seine Zielstrebigkeit. Sie ist eines seiner ›ehernen Gesetze‹, denen sich kein Unternehmen entziehen kann.

Bei den wissensbasierten Gütern und Dienstleistungen kommt es nun allerdings zu einer Verschiebung. Die Bedeutung der Produktion nimmt ab gegenüber der Bedeutung, die die Entwicklung des Produktes und seine Vermarktung einnehmen. Im Extremfall der Software-Herstellung ist die Entwicklung alles, die ›Produktion‹ nichts. Der vermarktbare Wert dieser Waren tendiert gegen Null. Ist ein Programm erst einmal geschrieben, so lässt es sich endlos und ohne jeden Verschleiss an Ressourcen vervielfältigen und übers Internet in Sekunden weltweit verteilen. Ein Preis lässt sich nur noch mit der gesetzlichen und polizeilichen Durchsetzung von Patenten und Lizenzrechten erzielen. Entsprechend hoch ist das Interesse der Biotech-, Pharma- und Softwareindustrie an einem möglichst umfassenden Patentwesen. Denn dank des Patentschutzes lässt sich nicht nur der Warencharakter der patentierten Güter erhalten, sondern es lassen sich gleich auch noch Monopolstellungen sichern und entsprechend hohe Profite erzielen.

Das geschieht allerdings um den Preis, dass die Verwendung des verfügbaren Wissens in der Gesellschaft erheblich eingeschränkt wird. Der Kampf um die Patente, wie sie zum Beispiel Indien im Bereich der Medikamente oder die Open-Source-Bewegung in der Software-Branche führen, ist auch ein Kampf um das kooperative Potenzial des Arbeitens und seiner Wissensergebnisse.

Noch einmal anders präsentiert sich die Situation bei den personenbezogenen Dienstleistungen (z.B: Care-Arbeit, Bildung). Hier ist der Produktionsprozess selbst das ›Produkt‹. Rationalisierungen sind kaum zu erzielen, und wenn doch, dann verändern sie auch immer gleich den Charakter der Dienstleistung. Während in der Güterfertigung und überwiegend auch in der Erbringung von Sach-

dienstleistungen die Produktivität bis in die Bereiche der Vollautomatisation hinein erhöht wird, bleibt sie in den Bereichen Bildung und Care-Arbeit (Betreuung, Pflege, Gesundheitsversorgung, soziale Dienste) weitgehend stabil.² Diese Entwicklung wird mit dem Begriff der divergierenden Produktivitäten beschrieben. Diese divergierenden Produktivitäten verursachen in einem kapitalistischen Umfeld erhebliche Probleme (Madörin 2011).

Zwar wird ein guter Teil dieser Care-Dienste ›kostenlos‹ im privaten Bereich erbracht. Doch weil die (überwiegend weiblichen) Erbringerinnen von privaten Care-Diensten vermehrt Anspruch auf Erwerbsarbeit erheben und auf dem Arbeitsmarkt auch nachgefragt werden, vermindert sich das verfügbare Volumen an privater Care-Arbeit. Das ist einer der Gründe, warum der Anteil der von öffentlichen Diensten erbrachten personenbezogenen Arbeit in den letzten Jahrzehnten deutlich angestiegen ist. Es ist dabei kein Zufall, dass der Ausbau von öffentlichen Diensten gegenüber privaten, kommerziellen Angeboten deutlich im Vordergrund stand. Öffentliche Dienste haben sich insgesamt als die effizienteste Art der Leistungserbringung erwiesen, und sie erlauben es zudem, allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu qualitativ gleichwertigen Diensten zu sichern.³ Und weil eben diese Bereiche kaum Rationalisierungspotenzial aufweisen, sind auch die Gewinnmargen über alles gesehen gering, falls sich überhaupt Gewinne erzielen lassen. Es sei denn, man könne durch entsprechende Strukturierungen den Staat dazu bringen, erhebliche Steuermittel auch für die Finanzierung privater Gewinne aufzuwerfen.

Aus Sicht der Kapitalverwertung präsentieren sich staatlich organisierte öffentliche Dienste nur als Kostenfaktor. Im verschärften globalen Wettbewerb steigt der Druck, diese Kosten zu plafonieren respektive zu senken. Gleichzeitig sucht das Kapital nach Wegen, öffentliche Dienste marktkonform zu restrukturieren, damit Kapital Eingang findet und Gewinne erzielt werden können. Denn die Investitionspotenziale innerhalb der immer stärker durchrationalisierten Industrie nehmen tendenziell ab. In einer vollautomatisierten Fabrik gibt es keine Möglichkeiten für zusätzliche Rationalisierungsinvestitionen mehr. Das frei werdende Kapital sucht deshalb nach neuen Investitionsfeldern. Deshalb werden die öffentlichen personenbezogenen Dienste hartnäckig bedrängt: Es soll ein Maximum an profitabel betreibbaren Diensten aus dem öffentlichen Block herausgebrochen werden.

Dies führt zu einer paradoxen Situation: Zwar ist in der neoliberalen Wende der letzten 30 Jahre der Anteil der Gewinne am Volkseinkommen zu Lasten der Löhne kontinuierlich angestiegen.

Gemäss der liberalen Wirtschaftslehre müsste parallel dazu auch der Investitionsanteil (Investitionen in reale ökonomische Tätigkeiten) ansteigen. Dieser sinkt jedoch seit rund 30 Jahren ab (eben weil die Rationalisierungspotenziale zunehmend erschöpft sind). Die Folge: Es häufen sich immer grössere Vermögenswerte an, die an anderen Orten absorbiert werden müssen. Genau das tun die Finanzmärkte. Allerdings zu einem hohen Preis: Die Finanzmärkte mit ihren spekulativen Krisenzyklen bedrohen zunehmend die Gesamtwirtschaft. Das einzig Richtige wäre, die vagabundierenden Finanzvermögen steuerlich abzuschöpfen und in den Ausbau der Care-Arbeit, der Bildung, des nachhaltigen Umbaus, der sozialen Sicherheit, der globalen Solidarität und der Kultur umzulenken. Dem steht allerdings ein erhebliches Hindernis entgegen: Die Interessen der herrschenden Eliten. Im Ergebnis verschärfen sich deshalb die Auseinandersetzungen um die Art, wie Care-Dienste erbracht werden, seit einigen Jahren erheblich. Die Kosten werden gesenkt, etwa indem die Care-Dienste stärker normiert und zeitlich beschnitten werden wie in der ambulanten Pflege. Aber alle Bemühungen, die Care-Arbeit zu kommodifizieren, also zu einer Ware zu machen (z.B. auch die Fallpauschalen in den Spitälern), können die Eigenheit der Care-Arbeit nicht aus der Welt schaffen: Sie kann nicht rationalisiert werden.⁴ Es wird zwar laufend versucht, auf die Care-Arbeitenden Druck auszuüben, um ›mehr herauszuholen‹. Doch der Punkt, an dem die Qualität der Dienste leidet, ist auf diese Weise rasch erreicht. In Deutschland etwa hatte die Einführung der DRG-basierten Spitalfinanzierung Mitte der 2000er-Jahre zur Folge, dass der Bestand der Pflegenden erheblich reduziert wurde, während die Zahl der ÄrztInnen leicht zunahm. Denn in einem System mit Fallkostenpauschalen (englisch DRG, Diagnosis related groups) führen mehr ärztliche Leistungen zu mehr Einnahmen, während Pflegeleistungen überwiegend auf der Kostenseite auftauchen. Mittlerweile ist allerdings der Abbau von Pflegepersonal in Deutschland gestoppt worden – zu brisant sind die damit verbundenen qualitativen Verschlechterungen. Die Stelldotationen für Pflegende werden jetzt vielerorts wieder erhöht.

Notwendigkeit und Nötigung

Ein grosser Teil der heute erbrachten Arbeit gründet in einem Kern des Notwendigen. Es ist gerade dieser Aspekt der Notwendigkeit, der den Auseinandersetzungen um die Arbeit ihren imperativen, unabweichlichen Charakter verleiht. Müsste nicht viel Arbeit erbracht werden, um das Funktionieren von Gesellschaften zu gewährleisten, könnten rund um Arbeit auch nicht so viele Abhängigkeiten

und Zwänge errichtet werden. Würden die Menschen auch nur eine Woche lang die Arbeit verweigern, Mütter ihre Kinder nicht mehr versorgen, die Beschäftigten der Energiewerke die Stromversorgung kappen, das Gesundheitspersonal die Heime, Kliniken, Praxen und Spitäler verlassen, die Mitarbeitenden in der Verarbeitung und Übermittlung von Daten die Netze stilllegen, die Bauern ihre Ernte verrotten lassen und so weiter, dann würde das gesamte gesellschaftliche Gefüge zusammenbrechen. Nun muss natürlich auch gefragt werden, wer denn definiert, was als notwendig gilt und was nicht. Im Kapitalismus wird ein hohes Volumen an Arbeit erbracht, das keinen direkten Nutzen erbringt, sondern nur dazu dient, die Verwertbarkeit des Kapitals zu sichern. Dazu gehört etwa ein guter Teil des Marketings oder der Waffenproduktion, aber auch die Arbeit, die vergeudet wird, weil die Konsumgüter auf eine kurze Lebensdauer ausgelegt werden. Andererseits wird ein vielleicht ebenso hoher Einsatz an Arbeit nicht erbracht, weil er der Kapitalverwertung weder direkt noch indirekt dient. Es lohnt sich nicht, Konsumgüter auf eine lange Lebensdauer auszulegen und entsprechende Unterhalts- und Reparaturarbeiten zu leisten – auch wenn dies aus Gründen der Nachhaltigkeit erforderlich wäre. Es lohnt sich nicht, in Produkte zu investieren, für die keine zahlungsfähige Kundschaft besteht. Es lohnt sich nicht, in Regionen zu investieren, in denen ein langfristiger Aufbau erforderlich ist, bevor namhafte Gewinne erzielt werden können.

Die notwendige Arbeit, die von den Vielen erbracht wird, war und ist die Grundlage allen menschlichen Lebens. Sie ist auch die Grundlage für die Privilegien gesellschaftlicher Eliten. Gerade diese Eliten verachteten über Jahrtausende, was ihre Herrschaft erst möglich machte. Einer der letzten klassenbewussten Angehörigen der Berner Aristokratie, der legendären Madame De Meuron, wird nachgesagt, dass sie die Leute jeweils fragte: »Syt der öpper oder nämet dr Lohn?« (Sind Sie eine Person von Stand oder müssen Sie Arbeit annehmen?). Während Jahrtausenden zeichneten sich gesellschaftliche Verhältnisse dadurch aus, dass die Macht und der Besitz der Wenigen auf der Ausbeutung der Arbeit der Vielen gründete. Sklavenhalter, Adlige und AristokratInnen nötigten die Vielen oft mit roher Gewalt dazu, ihnen einen Teil oder gar alle Früchte ihrer Arbeit abzutreten.

Auch im Kapitalismus beruht die Macht der Wenigen darauf, dass sie die Vielen zur Arbeit nötigen können und sich gleichzeitig einen Teil der Früchte dieser Arbeit aneignen. Die Verhältnisse sind allerdings weniger transparent, weil sie mit dem Schleier des Geldes verhüllt werden. Gerade deshalb ist es wichtig, die Nötigung

von der Notwendigkeit zu unterscheiden. Es ist notwendig, dass Nahrungsmittel angepflanzt und geerntet werden oder dass Abfälle eingesammelt und entsorgt werden. Es ist aber nötig, wenn dabei 14-stündige Arbeitstage zu Tiefstlöhnen vorherrschen. Diese Unterscheidung verhilft auch zur Orientierung in der Frage, wie Arbeit aus fortschrittlicher Sicht gestaltet werden soll: Das Notwendige soll gerecht erbracht und solidarisch organisiert werden; das Nötigende soll überwunden werden.

Im Kapitalismus ist der Grossteil der Menschen gezwungen, sich als Ware auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen. Darin liegt der Kern des Nötigenden. Für den Käufer (den Kapitalisten) besteht der Wert der Ware Arbeitskraft darin, dass sie mehr produzieren kann, als ihr mit dem Lohn abgegolten werden muss. Wie gross dieses Mehr ausfällt, hängt wesentlich von den Löhnen und den Arbeitszeiten ab. Seit den Anfängen des Kapitalismus versuchen die Arbeitenden, Arbeitszeiten, Löhne und Arbeitsbedingungen kollektiv auszuhandeln und damit der Nötigung Grenzen zu setzen. Ergänzend soll der Staat Einrichtungen der sozialen Sicherheit anbieten, um die Risiken von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Unfall aufzufangen.

Die Steigerung des Nötigenden im Neoliberalismus

1858/59 kam es zur ersten Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus. Seither gab es zwei längere Entspannungsphasen, in denen anhaltende Produktivitätssteigerungen erzielt werden konnten und die Nachfrage scheinbar endlos weiterwuchs. Eine dieser Perioden ist das »Goldene Zeitalter des Kapitalismus« (Hobsbawn 1998) in den Jahren zwischen dem Zweiten Weltkrieg und der Weltwirtschaftskrise von 1974/75.⁵

In den hochindustrialisierten Ländern gehörten praktisch alle gesellschaftlichen Schichten zu den materiellen Gewinnern dieser Entwicklung. Die Profite waren hoch, die Löhne stiegen kontinuierlich an, die Arbeitszeiten sanken, die Palette der verfügbaren Konsumgüter nahm ständig zu, und die öffentlichen Dienste konnten ausgebaut werden. Die hohen Gewinne wurden erzielt, weil die Produktivität rasch gesteigert werden konnte und die Absatzmärkte praktisch jedes Angebot absorbierten. In marxistischer Terminologie: Die Gewinne basierten auf der Aneignung von relativem Mehrwert.

Doch in den 1970er-Jahren begann dieser Motor zu stottern. Viele Absatzmärkte erreichten ihre Sättigung: Ein Haushalt benötigt nun mal nicht mehr als einen, vielleicht zwei Staubsauger – aber nicht zehn. Nun wandelten sich viele Teilmärkte in Verdrängungsmärkte. Gleichzeitig erwiesen sich viele Rationalisierungspotenziale

als zunehmend ausgeschöpft. Die Konkurrenz verschärfte sich, die Gewinnmargen gerieten unter Druck. Dieser Druck wurde nun auf die Lohnabhängigen übertragen: Gewinne wurden nicht mehr überwiegend auf der Basis steigender Produktivität erzielt, sondern indem der Arbeitsstress erhöht und die Lohnkosten gesenkt wurden. Letzteres wurde vor allem durch die massenhafte Verlagerung der Fertigung in Billiglohnländer erreicht. Die Bedeutung des relativen Mehrwerts nahm ab, diejenige des absoluten Mehrwerts hingegen zu. In der Folge hat der nötige Aspekt gegenüber den ›goldenen‹ Nachkriegsjahren wieder erheblich an Gewicht gewonnen.

Diese Entwicklung verlief natürlich nicht immer reibungslos und rief erheblichen Widerstand von Belegschaften und Gewerkschaften hervor. Doch die Sockelarbeitslosigkeit, die sich nach 1975 in den grossen industrialisierten Ländern festsetzen konnte, erleichterte es den Unternehmen, diesen Widerstand zu zähmen. In der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise verschärfen sich die Gegensätze nun erneut, insbesondere in den südeuropäischen Staaten. Möglicherweise entwickelt sich daraus ein neuer Zyklus der Auseinandersetzung zwischen den Klassen.

Die Arbeit in das Stoffliche befreien

Arbeit muss über die Grenzen des Kapitalismus hinaus gedacht werden. Wir müssen die Frage wagen, wie eine Gesellschaft beschaffen wäre, die sich um die Sonne der Arbeit bewegt. Das müssen wir nur schon deshalb tun, um besser verstehen zu können, welchen Beschränkungen die Arbeit im Kapitalismus unterworfen ist, und um besser in der Lage zu sein, innerhalb des Kapitalismus Rechte zu erkämpfen und Forderungen durchzusetzen.

Erst im Kapitalismus ist das Wirtschaftliche vom Gesellschaftlichen abgesetzt worden, so wie es auch erst seit dem Siegeszug des Kapitalismus überhaupt eine eigenständige Wissenschaft der Ökonomie gibt (die überdies zunehmend in Anspruch nimmt, die Leitwissenschaft aller Sozialwissenschaften zu sein). Die Grenzziehung zwischen Gesellschaft und Wirtschaft erfolgt nach den Kriterien des Kapitals: Wirtschaft wird überwiegend gleichgesetzt mit der Welt der profitorientierten Unternehmen, ergänzt durch die Bereiche des Staates und der öffentlichen Dienste. Alle gesellschaftlichen Bereiche, die in irgendeiner Art marktförmig gestaltet werden können, sollen den gleichen Prinzipien des ›Wettbewerbs‹ und der ›Effizienz‹ unterworfen werden, wobei mit Effizienz immer nur die höchstmögliche Produktivität innerhalb eines betrieblichen Settings gemeint ist – und damit die höchstmögliche Profitabilität für das Kapital.

Ein zentrales Bestimmungsmoment des Kapitalismus ist seine Geringschätzung für das Stoffliche, für das Eigentliche der verschiedenen Arbeiten und ihrer Produkte.⁶ Dementsprechend interessiert die stoffliche Wirkungsoptimierung nur sekundär. Ein schlagendes Beispiel dafür ist die Ineffizienz des motorisierten Privatverkehrs, die kaum mehr zu überbieten ist: Der Ottomotor hat bei einer maximalen Nutzleistung von 80 Kilowatt eine Verlustleistung von mehreren Hundert Kilowatt; Autos stehen im Schnitt 23 Stunden pro Tag unbenutzt herum; der durchschnittliche Auslastungsgrad eines Fünfpersonen-PW liegt deutlich unter zwei Personen; der Raumbedarf (Strassenfläche) beträgt gegenüber dem öffentlichen Verkehr und dem Fahrrad ein Vielfaches. Aber Autos sind ein ideales Konsumgut, das bestens vermarktet werden kann. Ein anderes verblüffendes Beispiel ist das US-amerikanische Gesundheitswesen, das weltweit am stärksten kapitalistisch organisiert ist und einen gigantischen Leerlauf an administrativem Overhead produziert. Im Jahr 2011 beliefen sich alleine die administrativen Kosten des US-Gesundheitswesens auf insgesamt 832 Milliarden US-Dollar. Das sind 2685 Dollar pro Kopf der Bevölkerung, 3.3 Mal mehr als im benachbarten Kanada.

Das Gegenprogramm dazu lautet, die Arbeit und mit ihr die Gesellschaft ins Stoffliche zu befreien. Jede Branche muss gemäss ihren stofflichen Erfordernissen und Eigenheiten gestaltet werden. Die Alternative lautet demnach auch nicht einfach sozialistischer Einheitsbrei gegen kapitalistischen Einheitsbrei, also Plan statt Markt. Vielmehr muss jede Branche auf ihre Charakteristika hin gestaltet werden. Betrachten wir das Beispiel der Software-Entwicklung: In den Nischen des Kapitalismus haben sich hier rund um das Konzept der frei verfügbaren Programme (freie Software, Open Source) weltweite Netzwerke einer kooperativen ›Gratisarbeit‹ entwickelt. Sämtliche Open-Source-Programme stehen kostenlos zur freien Verwendung und zur Weiterentwicklung zur Verfügung. Kernpunkt ist eine Art Anti-Patent: Wer Open-source-Programme weiterentwickelt, verpflichtet sich, seine Ergebnisse wiederum frei zugänglich zu machen. Einige der erfolgreichsten Computerprogramme der Welt sind Open-Source-Programme, etwa die Betriebssysteme Unix und Linux oder die Kernsoftware des Internet. Die Open-Source-Community kommt ohne zentrale Steuerung und Planung aus. Hier hat sich ein Grundmuster weltweiter Kooperation herausgebildet, das neue Formen der Arbeit erzeugt hat – ähnlich wie die globale Enzyklopädie Wikipedia, die in ähnlicher freiwilliger Kooperation entstanden ist. Allerdings wird das Potenzial der Open-Source-Programme von einigen Informatikkonzernen (wie z.B. Microsoft)

massiv bekämpft. Bislang konnte so verhindert werden, dass sich die offenen Programme insgesamt durchsetzen.

Ganz andere Anforderungen stellt die Kooperation beim Bau industrieller Fertigungsanlagen, wo ein planmässiges, bewusst koordiniertes Vorgehen von hoher Bedeutung ist. Oder in der Landwirtschaft, wo kleine Produktionseinheiten weltweit noch immer eine dominierende Rolle spielen. Und nochmals ganz anders sieht es in den Bereichen aus, die unter dem Begriff Care-Ökonomie zusammengefasst werden. Hier ist die ›Ko-Produktion‹ zwischen jener Person, die die Dienstleistung erbringt, und jener, für die sie ausgerichtet wird, von zentraler Bedeutung.

Arbeit, die sich am Stofflichen, am Eigentlichen orientiert, setzt voraus, dass sich die Arbeitenden entsprechend organisieren und eine tragende Rolle bei der Ausgestaltung der Arbeitsinhalte und -formen übernehmen. Wiederum geht es nicht um simple Rezepte à la ›Arbeiterselbstverwaltung überall‹. Zwar wird es ohne Zweifel nötig sein, dass sich die Arbeitenden als kollektive Akteure formieren. Doch sie werden das nicht nur auf der Ebene von Betrieben tun, sondern ebenso auf der Ebene der Branchen und Sektoren. Auf diesen Ebenen ist es überdies unerlässlich, die Auftraggeber respektive die Nutzer der Produkte in die Entscheidungsfindungen einzubeziehen.

Branchen sind demnach immer auch politische und kulturelle Felder, in denen verschiedene gesellschaftliche Akteure gemeinsam an Verfahren, Produkten, Richtlinien und Standards arbeiten – wie es ja heute auch bereits geschieht: Fachwelten treffen sich an internationalen Kongressen, Berufsgruppen sind in weltumspannenden Verbänden zusammengeschlossen, massgebliche Fragen werden an UNO-Konferenzen verhandelt. Allerdings befinden sich solche Verständigungs- und Entscheidungsprozesse noch längst nicht auf dem Niveau, das jenseits der Dominanz der transnationalen Konzerne und der Kapitalverwertung erreicht werden könnte.

Selbstverständlich sind mit einer solchen Skizze noch lange nicht alle Fragen geklärt – ganz im Gegenteil werden viele Fragen neu gestellt werden müssen: Wie werden Konflikte ausgehandelt, wie wird der erarbeitete Reichtum verteilt, wie werden genügend Ressourcen für Investitionen bereitgestellt, wie Innovationsprozesse gefördert, wie Preise ermittelt, wie werden den armen Ländern wirtschaftliche Perspektiven gesichert? Doch eine um die Arbeit kreisende Gesellschaft erlaubt es, auf die vielen Fragen Antworten zu entwickeln, die nicht mehr vom Gravitationsfeld des Kapitals verbogen werden. Diese Überlegungen mögen abgehoben wirken. Doch die folgende Grundfrage stellt sich jeden Tag, in allen Verhältnissen, in allen

gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Fördern wir Lösungen, die das Kreisen um das Kapital begünstigen, oder suchen wir nach Lösungen, mit denen Bewegungsräume jenseits der Logik der Kapitalverwertung geschaffen werden? So trägt z.B. jeder Kampf für den Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrages den Keim dieser Frage in sich, weil er die Verfügbarkeit des Kapitals über die Arbeit einschränkt.

Viele gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen bieten Gelegenheiten, Spielräume jenseits der Kapitalverwertung zu suchen und zu erstreiten, beispielweise dann, wenn die Gewerkschaften das Pensionsalter 60 durchsetzen (wie im Schweizer Bauhauptgewerbe 2002 geschehen) oder einen akzeptablen Mindestlohn erstreiten; wenn für den Erhalt einer öffentlichen Non-Profit-Gesundheitsversorgung gekämpft wird oder wenn grundlegende Finanzdienstleistungen wie der Zahlungsverkehr den Grossbanken entwunden und als Service public organisiert werden. Immer wieder stellt sich dieselbe Frage: Fördern wir Lösungen, die das Kreisen um das Kapital begünstigen, oder suchen wir nach Lösungen, mit denen Bewegungsräume jenseits der Logik der Kapitalverwertung geschaffen werden?

Manchmal sind die Möglichkeiten gering und die Spielräume klein, manchmal bestehen sie vor allem darin, dass überhaupt noch in Alternativen *gedacht* wird. Oft befinden wir uns in der Defensive, werden die bestehenden Spielräume vom Kapital zurückgedrängt. Doch solange die Gesellschaft um das Kapital kreist, solange wird sie aus ihrer Mitte geworfen. Deshalb kommt es auch immer wieder zu Situationen, in denen umfassende Veränderungen möglich werden: Zum Beispiel eine erhebliche Reduktion der Arbeitszeiten, eine durchgreifende Reorganisation der Grossbanken oder der Ausstieg aus der AKW-Technologie, aber auch weitergehende Transformationsprozesse, in denen die Herrschaft der Kapitalverwertung selbst in Frage gestellt wird. Jene, die nach einer Welt jenseits der Kapitaldominanz fragen, fördern die Beweglichkeiten, Begrifflichkeiten und Aufmerksamkeiten, die es braucht, um im gegebenen Moment die Schwungräder der Veränderung in Gang setzen zu können.

Anmerkungen

1 Dafür muss das BGE so hoch angesetzt werden, dass der Verzicht auf erniedrigende Erwerbsarbeit eine echte Option darstellt. Es wäre allerdings zu prüfen, ob das im Kapitalismus eine realistische Perspektive ist.

2 Während einiger Jahre versprach man sich vom computer- und medienbasierten Lernen beträchtliche Rationalisierungsschübe im Bildungsbereich. Diese sind aber weitgehend ausgeblieben. Zwar hat in der berufsbezogenen Erwachsenenbildung das computer- und medienbasierte Lernen einen stabilen Platz gefunden. Die klassischen Bildungsinstitutionen sind jedoch nicht ersetzt, sondern ergänzt worden.

3 Ein markantes Beispiel für diesen Befund ist das US-amerikanische Gesundheitswesen. Als einziges aller OECD-Länder ist es marktorientiert ausgestattet. So sind Preise und Leistungen nicht reguliert, ausser bei den Programmen für Betagte (Medicare) und sozial Benachteiligte (Medicaid). Die Kosten des US-Gesundheitswesens bewegen sich mit 17.6 Prozent des BIP weit über diejenigen aller anderen Länder (an zweiter Stelle kommen die Niederlande mit 12 Prozent). Das Erbringen von Leistungen ist überaus ungleich, das Leistungsniveau eher tief. Beinahe 50 Millionen US-BürgerInnen verfügen über keinen Versicherungsschutz, darunter auch viele chronisch Kranke (z.B. 16.6 Prozent aller Diabetes-Erkrankten). 2009 betrug die Lebenserwartung in den USA 78,2 Jahre gegenüber 82,3 Jahren in der Schweiz.

4 Manchmal wird an dieser Stelle angeführt, mittels Robotern liesse sich auch im Care-Bereich eine Welle von Rationalisierungen auslösen. Auf längere Sicht möchte ich dazu keine Prognose wagen; auf kurze und mittlere Sicht hingegen dürfte der Einsatz von Care-Robotern kaum Arbeit verdrängen. Siehe dazu auch die aktuelle Studie der TA-Swiss (RoboCare. Gesundheitsversorgung im Zeitalter der Automaten). In jedem Fall würde der breite Einsatz menschenähnlicher Roboter eine Revolution im alltäglichen Beziehungsgeschehen auslösen. Wer kann sich heute schon vorstellen, dass ihm beim Sterben die Hand von einem Roboter gehalten wird? Und: Warum sollten wir Menschen im Care-Bereich überhaupt ersetzen wollen?

5 Dazu eine Anekdote: Brachte die IBM in diesen Jahren eine neue Computergeneration auf den Markt, dann war die Nachfrage jeweils so gross, dass die Reihenfolge ausgelost wurde, in der die Kunden mit den neuen Computern beliefert wurden.

6 Der Begriff der Stofflichkeit wird hier als Gegenbegriff zu den geldförmigen Aspekten der Arbeit verwendet und bezeichnet die Inhalte der Arbeit und die stofflichen Vorgänge beim Erbringen der Arbeit.

Literatur

Bartelheimer, Peter; Jakob Moneta: Das kann doch nicht alles gewesen sein. Der Kampf für 35 Stunden. Frankfurt a.M. 1984.

Beck, Ulrich (Hrsg): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt a.M. 2000.

Füllsack, Manfred: Arbeit. Wien 2009.

Haug, Frigga: Stichwort Arbeit. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 1. Hamburg 2004.

Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme – Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München 1998.

Lenz, Claudia; Waltraud Waidelich; Elisabeth von Dücker; Anne Reichmann (Hrsg): Hauptsache Arbeit? Was wird... Massstäbe, Modelle, Visionen. Hamburg 2001.

Madörin, Mascha: Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. In: Denknetz-Jahrbuch 2007, Zürich 2007.

Madörin, Mascha: Das Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten: Eine feministische Sicht. In: Denknetz-Jahrbuch 2011, Zürich 2011.

Marx, Karl: Nachwort zu den Enthüllungen über den Kommunisten-Prozess in Köln. 1875, MEW 18, 570.

Ringger, Beat: Masst Euch an! Münster 2011.

TA-SWISS (Hrsg.): RoboCare – Gesundheitsversorgung im Zeitalter der Automaten. Kurzfassung der Studie ›Robotik in Betreuung und Gesundheitsversorgung‹. Bern 2013.

Geht uns die Arbeit aus? Ein Gespräch mit Eberhard Ulich. MoMa, Juni 1997
<http://blog.freiheitstattvollbeschaeftigung.de>